„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
In Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina

17. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 1. Oktober 1924 | 12 Seiten | Nummer 47

Europäische Lügen über Canada

Unsinnige Verdächtigungen des Landes und seiner klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse

Sachliche Aufklärung ist dringend nötig.

Der schlimmste Feind der Wahrheit ist stets die Unwissenheit. Gesellt sich zu ihr aber noch die Bosheit, dann ist das Knäuel von Vorurteilen, absichtlichen Täuschungen und schiefen Auffassungen nur schwer zu entwirren. Dennoch wollen wir versuchen, die europäischen Lügen über Canada, die stellenweise geradezu groteske Formen angenommen haben, zu widerlegen. Wir sind uns dabei sehr wohl bewußt, daß wir jene Herrschaften, die aus irgend einer persönlichen Verärgerung gegen Canada hetzen, nicht bekehren können. Doch es genügt schon, wenn es uns gelingt, wenigstens die vernünftigen Kreise jenseits des Ozeans zu einer gerechteren Beurteilung der canadischen Verhältnisse und zu größerer Vorsicht in allen Zweifelsfällen zu veranlassen.

Canada ist ein wirtschaftliches Neuland mit gewissen Licht- und Schattenseiten, die ganz natürlicher Weise jedem Lande dieser Art anhaften. Und doch sind, verglichen mit südamerikanischen Ländern wie Argentinien und Brasilien oder mit Mexiko, die Schattenseiten in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht weit geringer, weil Canadas historische Entwicklung sich in den Bahnen mittel- und nordeuropäischer Ideen bewegte. So findet der Besucher Canadas in verschiedener Beziehung sich in europäische Verhältnisse hineinversetzt, zumal längs der großen transkontinentalen Bahnlinien, die zur Erschließung des Landes in gewaltigem Maße mitgewirkt haben. Es ist aber wohl leicht verständlich, daß die Farmwirtschaft auf der westcanadischen Prärie unter klimatischen und sonstigen natürlichen Vorbedingungen betrieben werden muß, die sich mit denen der mitteleuropäischen Landwirtschaft nur schwer vergleichen lassen.

Die ausgiebige Verwendung von landwirtschaftlichen Maschinen, der bisherige überwiegende Getreidebau, wie überhaupt die Einstellung der Landwirtschaft auf die Bedürfnisse des Weltmarktes und schließlich die erst Ende April oder Anfang Mai beginnende Saatzeit, der die Ernte im August oder September folgt — das alles setzt gewisse Kenntnisse voraus, die sich mancher Anfänger erst unter Mißerfolgen und Enttäuschungen erwerben mußte. Weit besser ist jener daran, der, statt solches Lehrgeld zu zahlen, sich erst als Farmarbeiter ein oder zwei Jahre lang mit den Verhältnissen vertraut macht. Wer gesund und kräftig ist und mit Zähigkeit und eisernem Fleiß eine solche Tätigkeit übernimmt, wird in den canadischen Farmern entgegenkommende und dankbare Arbeitgeber finden. Denn der canadische Farmer ist im allgemeinen kein Leutschinder und ist froh, wenn er einen willigen und fähigen Arbeitsgenossen erhält. Wer die Probezeit gut bestanden hat, wird dann auch als selbständiger Farmer sein Auskommen finden. Notwendig ist nur, daß er auf die Vergnügungen und die gesellschaftlichen Annehmlichkeiten des alten Landes verzichtet, daß er bestrebt ist, den Bedarf seines Haushaltes, soweit nur irgend möglich, aus seiner eigenen Wirtschaft zu decken, und daß er die Idee eines schnellen mühelosen Reichwerdens als eine Utopie ein für allemal begräbt. So manche canadische Farmer, die diese Richtlinien während und nach der Kriegszeit außer Acht ließen und sich nicht nach der Decke strecken wollten, haben dafür bitter büßen müssen. Doch selbst wenn ein Farmer durch Unglücksschläge in Schulden gerät, ist er deswegen noch nicht rettungslos verloren. So hat zum Beispiel die Provinzialregierung von Saskatchewan Gesetze erlassen, die es auch dem verschuldeten Farmer noch möglich machen, sich über Wasser zu halten und mit seinen Gläubigern zu annehmbaren Bedingungen zu kommen. Ist er dann ein sparsamer, fleißiger Mann, der mit Mut und Energie gegen sein Schicksal ankämpft, so kann er sich zu neuem Wohlstand emporarbeiten. Es gibt Hunderte und Tausende von solchen Fällen. Mancher ist heute ein reicher Mann, dessen einzige Habe zu Anfang seiner Tätigkeit ein Schuldenbündel war.

Ein sehr schwerwiegender Einwand gegen Canada war schon immer der Hinweis auf sein rauhes Klima. Was ist daran? Richtig ist, daß der Winter, der im November oder Dezember einsetzt und bis April dauert, eine strenge Kälte mit sich bringt. Aber diese Kälte wird erträglich gemacht durch ihre Trockenheit und die sehr große Zahl von klaren sonnigen Tagen. Infolgedessen sind Erkältungskrankheiten weit seltener als in dem nebelhaften Winter Mitteleuropas. Die Sommer sind zwar in der Regel trocken heiß, aber auch wieder gemildert durch die angenehm kühlen Nächte und durch die frischen Luftströmungen, die fast regelmäßig über die Prärie hinstreichen. Wer das canadische Klima als ungesund bezeichnet, hat entweder sich nur kurze Zeit hier aufgehalten und dann vielleicht in einer etwas regnerischen Periode oder er hat eine ganz schwächliche Körperverfassung. Ein solcher paßt aber nicht nach Canada, sondern an die italienische Riviera. Besonders bezeichnend ist, daß die canadische Prärieprovinz Saskatchewan laut Statistik die niedrigste Sterblichkeitsziffer von allen Ländern und Provinzen der Welt hat. Ein reichsdeutscher Schriftsteller hat im alten Lande das Märchen von der starken „Gemütsdepression" während des langen canadischen Winters verbreitet und sogar Anspielungen auf häufige Irrsinnsfälle infolge der Kälte gebracht. Wir wünschen nur, es möchten die Bewohner der europäischen Länder geistig und moralisch so gesund sein wie die Canadier; dann wäre dem alten Europa manche unnötige Erschütterung und manche politische Torheit der letzten Jahre erspart geblieben. Die eben zitierte Bemerkung eines deutschen Schriftstellers ist charakteristisch für die Lächerlichkeit der canadafeindlichen Propaganda.

Weitere Zweifel sind in Europa hinsichtlich der politischen und rechtlichen Verhältnisse hierzulande aufgetreten. Wir können mit ruhigem Gewissen behaupten, daß diese Verhältnisse so gut geordnet sind wie in irgendeinem europäischen Kulturland. Der religiöse und gemäßigte politische Sinn des canadischen Volkes ist die beste Grundlage für eine normale Entwicklung. So unsinnige Auswüchse des kapitalistischen Geistes wie in den Ver. Staaten oder solche fortwährende revolutionäre Zuckungen wie in mittel- und südamerikanischen Ländern sind in Canada einfach undenkbar. Liberale Gesinnung und aufrichtige Toleranz gehören zum canadischen Volkscharakter. Infolgedessen kann auch der Deutschcanadier, namentlich derjenige der in geschlossenen deutschen Ansiedlungen wohnt, wie sie der canadische Westen in größerer Zahl aufweist, ziemlich ungestört von wirksamen Einflüssen sich seines Eigenlebens erfreuen. Die Geistlichen der beiden großen christlichen Konfessionen haben in verdienstvoller Weise sich durch Erteilung deutschen Unterrichts um die Erhaltung der deutschen Muttersprache angenommen, des einzigen Kulturgutes neben der Religion, das den geistigen Zusammenhang mit dem alten Stammesland am besten gewährleistet.

Mag man sich in einigen europäischen Ländern zu Canada stellen wie man will, so möge man doch nie vergessen, daß es ein Land, wenn nicht sogar das Land der Zukunft ist, dank seiner ungeheuer reichen Naturschätze, die erst zu einem geringen Teil erschlossen sind. Möge man im deutschen Stammesland aber auch nicht übersehen, daß fast 500,000 Menschen deutschen Blutes auf canadischem Boden leben, was bei dem lebhaften Interesse der Nachkriegszeit für das „Auslandsdeutschtum" nicht ohne Bedeutung sein sollte.

Als wir diese Zeilen niederschrieben, waren wir uns wohl bewußt, daß wir unter der Kontrolle von Tausenden von deutschen Lesern stehen, die die canadischen Verhältnisse schon seit Jahrzehnten kennen. Daher dürfte solchen Darlegungen auch weit mehr Wert beikommen als den oberflächlichen und oft sogar lügenhaften Schilderungen, die europäische Kritikaster in europäischen Publikationen ihren Zeitgenossen vorsetzen. Weit vom Schuß kann man leicht tapfer sein, wenn auch nur tapfer im Bügen.

Premier Dunning für „Local Option" in der Alkoholfrage

Die Prohibitions-Liga hat nichts gelernt und nichts vergessen

Rede des Premier gibt Fingerzeige für das künftige Gesetz.

Die Saskatchewan Prohibition League hatte letzten Donnerstag eine Besprechung mit der Provinzialregierung in Regina und unterbreitete dabei ihre Auffassungen über die zukünftige Gestaltung des Alkoholgesetzes von Saskatchewan. Ihre formelle Erklärung besagte:

„Wir erkennen vollkommen an, daß die Mehrheit der Wähler am 16. Juli nicht für Prohibition stimmte, aber dennoch vertreten wir über 80,000 Wahlberechtigte, die ihre Ueberzeugung dahin kundgetan, daß es hinsichtlich des Alkoholhandels das Beste sei, ihn als ungesetzlich zu erklären und gegen ihn überall und jederzeit den Kampf zu führen." Die Volksabstimmung habe gezeigt, daß sich die Wähler für das System A des Alkoholverkaufs entschieden haben. Zudem hätten 29,682 von jenen, die gegen Prohibition waren, überhaupt nicht gestimmt. Premier Dunning habe schon vor den Hotelbesitzern auf diese Tatsache hingewiesen. Nur 39 Prozent der Wählerschaft hätten System B bevorzugt. Die klar ausgesprochene Meinung der Wählerschaft schließe den Verkauf von Bier an lizenzierten Plätzen aus, ferner den Verkauf von Spirituosen in anderen als versiegelten Packungen und schließlich den Verkauf von Alkohol durch eine andere Stelle als durch die Regierung von Saskatchewan. Daher dürfen keine Privatinteressen am Alkoholverkauf beteiligt werden und der Verkauf von Bier per Glas oder zum Genuß an gewissen lizenzierten Plätzen muß unterbleiben. Ausgeschlossen ist auch der Verkauf von berauschenden Getränken in Clubs. Die Bevölkerung der Provinz will nicht, daß der alte Zusammenhang zwischen Hotel- und Alkoholinteressen wiederkehrt. Die Regierung wird nun darüber zu entscheiden haben, wo und unter welchen Bedingungen Verkaufszentren zu errichten und zu unterhalten sind. Die Forderung der Prohibition League geht nun dahin, möglichst wenig solche Zentren zu errichten und den lokalen Gebieten die Vollmacht zu erteilen, solche Verkaufszentren aus den Munizipalitäten oder Wahlkreisen zu entfernen. Nachdem die Prohibitionisten in ihrer Erklärung noch ein allgemeines Klagelied über die Moderation League, die Hotelbesitzer und über die schlimmen Auswüchse des Alkoholtrinkens angestimmt hatten, sprachen sie sich noch für ein System aus, das nicht auf den Gewinnstandpunkt eingestellt sei, und betonten sie den weiteren Kampf gegen den Verkauf berauschender Getränke.

In seiner Antwort auf diese Erklärung und auf die Ausführungen verschiedener Redner sagte

Premier Dunning,

die Regierung sei nicht darum bemüht, den Prohibitionisten, den Hotelbesitzern oder den Moderationisten Rechnung zu tragen, sondern wolle das Rechte tun, um in bester Weise die Wünsche des Volkes, wie sie durch die Abstimmung kundgetan wurden, auszuführen. „In der Alkoholfrage", so fuhr der Premier fort, „ist die Regierung die am meisten beratene Körperschaft der Provinz zur jetzigen Zeit. Doch ist die Aktion der Regierung in dieser Sache durch das Volk entschieden. Wir können bei Abfassung des Gesetzes nur dieser Anweisung folgen." Der Redner wiederholte nochmals seine frühere Feststellung bezüglich seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Kontrolle des Alkoholverkaufes durch Privatinteressen. Er bedauerte es ferner sehr, daß hinsichtlich einer „Local Option" sehr viel Mißverständnis in der Provinz vorhanden sei, wie aus dagegen eingesandten Resolutionen aus verschiedenen Gemeinden hervorgehe. Mehr als hundert Resolutionen seien bei der Regierung eingelaufen. Das Kabinett vertrete jedoch die Auffassung, daß den Gemeinden die Möglichkeit geboten werden müsse, in der Alkoholfrage mitzusprechen. Der Gedanke, es gebe keine lokalen Rechte in dieser Frage, sei verkehrt.

Die Regierung sei ferner gegen jedes System, das aus dem Alkoholverkauf übertriebene Gewinne ziehe. Da aber das Geschäft nicht auf Kosten der Steuerzahler betrieben werden könne, müsse ein kleiner Profit gewonnen werden. Die Regierung sei zur Zeit eifrig damit beschäftigt, die Gesetze und Systeme in den verschiedenen Provinzen, die Regierungskontrolle haben, gründlich zu studieren. Die Anzeigen- und Reklamefrage sei schwer zu lösen, namentlich deswegen, weil die Regierung nicht die sämtlichen Postsachen in der Provinz unterbrechen könne. Das Anzeigen in den Zeitungen sei zwar in der Provinz zu unterbinden, nicht aber in den Blättern, die außerhalb der Provinz gedruckt und in der Provinz gelesen werden. Die Zahl der Liquorstores sei eine reine Verwaltungssache. Doch werde gewiß durch weniger Stores der Konsum von verbotenem Alkohol nicht eingeschränkt. Es sei daher wohl klug, einen ziemlich freien Verkauf von leichten Getränken zu gestatten und sie leichter zugänglich zu machen als die schweren Getränke.

Hinsichtlich des Bierverkaufs sei die Regierung nicht allmächtig; denn die Regierung könne nicht alles tun. Die Durchführung des Gesetzes hänge vollständig von der Haltung des Einzelnen ab. Das Bestreben der Regierung sei es nur, ein Gesetz zustande zu bringen, das jeden befriedige. Es könne notwendig sein, den Bierverkauf an einigen Stellen in Betracht zu ziehen. Der unerlaubte Alkoholverkauf werde auch weiterhin scharf verurteilt. Er wünsche, daß auch die Prohibitionisten in Zukunft bei Durchführung des Gesetzes kräftig mitwirkten. Sie hätten in der Vergangenheit in dieser Hinsicht wenig geleistet.

Die Regierung beabsichtige nicht, die Alkoholkäufe durch Agenten besorgen zu lassen, sondern von den Herstellern des „Stoffes" selbst zu beziehen. Er habe während seines Aufenthaltes in England die Frage schon mit den Führern der Alkoholfirmen geregelt.

Der Premier schloß mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß die Prohibitionisten in ihrer Kritik einen gerechten Maßstab anlegen würden.

(Siehe auch unseren Editorial-Artikel auf Seite 2.)

Deutschland tritt in den Mittelpunkt der Weltwirtschaft

Anknüpfung von Wirtschaftsverhandlungen mit Paris und London

Neue Zuversicht in deutschen Aufstieg.

Die Einleitung deutsch-französischer Verhandlungen.

Paris, 29. Sept. — Die Unterhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland werden den in französischen Geschäftskreisen herrschenden Ansichten zufolge jedenfalls langwierig sein, da sich in Berlin die Neigung zeigt, darauf zu bestehen, daß Deutschland die Behandlung der meistbegünstigten Nation erhält; außerdem dürfte der Umstand Schwierigkeiten bereiten, daß sich die deutsche Regierung der französischen Forderung widersetzen wird, wonach die Periode, während welcher Produkte Elsaß-Lothringens zollfrei in Deutschland eingeführt werden können, verlängert werden soll.

Die von der französischen Regierung verfügte Auferlegung eines Einfuhrzolls von 26 Prozent für Waren, die aus Deutschland kommen, hat die Situation noch verschlimmert. Außerdem haben französische Fabrikanten, besonders solche von Eisenbahnmaterial und gewissen anderen Artikeln, bei der Regierung formell dagegen protestiert, daß irgend welche weiteren Erleichterungen für die Einfuhr von Eisenbahnmaterial und andere Eisen- und Stahlprodukte aus Deutschland gewährt werden.

Der Hauptpunkt in dem neuen Vertrag wird voraussichtlich in dem Austausch von französischem Eisenerz für deutsche Kohlen und Koks sein. Infolge der gegenseitigen Bedürfnisse der beiden Länder glaubt man aber, daß man sich ohne Schwierigkeiten über diesen Punkt einigen wird. Dagegen dürften Deutschlands Forderungen, daß es Meistbegünstigungsbehandlung für andere Produkte erhält, die Unterhandlungen hinausziehen, da die französischen Industriellen behaupten, daß Deutschland bereit sei, solche in großen Mengen in Frankreich abzuladen.

Eine Stockung in den Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und England.

Berlin, 29. Sept. — In den deutsch-englischen Unterhandlungen über einen Handelsvertrag ist eine Unterbrechung eingetreten. Die Londoner Sensationsnachricht von völligem Abbruch der Verhandlungen entspricht nicht der Wahrheit.

Deutscher Reichsbankpräsident hat Beratungen mit amerikanischen und britischen Finanzleuten.

London, 29. Sept. — Dr. Hjalmar Schacht, Präsident der deutschen Reichsbank, weilt in London, um mit amerikanischen und britischen Finanzleuten bezüglich des geplanten Darlehens an Deutschland unter dem Dawes-Plan zu beraten. Die London „Morning Post" veröffentlicht einen Artikel, nach welchem die Unterhandlungen in zufriedenstellender Weise fortschreiten.

Geschäftsleben in Deutschland mit neuer Zuversicht erfüllt.

Washington, 29. Sept. — Der vom 22. September datierte Kabelbericht des amerikanischen Handelsattaches in Berlin, Chas. E. Herring, an das Bundes-Handelsdepartement hebt hervor, daß die Ratifikation des Dawes-Planes und die Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem Rheinland und dem unbesetzten Teil Deutschlands, sowie die Tatsache, daß die im Dawes-Plan vorgeschriebenen zwei ersten Zahlungen von je 20 Millionen Goldmark prompt geleistet werden konnten, das ganze Geschäftsleben in Deutschland mit neuer Zuversicht erfüllt habe und daß sich trotz der Kürze der Zeit, seitdem der Dawes-Plan in Wirksamkeit trat, überall ein Aufschwung bemerkbar mache.

In der Industriekrise ist nach den Ausführungen des Handelsattaches scheinbar ein Wendepunkt eingetreten, der auf eine raschere Besserung schließen lasse, als man vor zwei Monaten anzunehmen wagte. Nicht nur, daß die zuletzt ausgewiesene Handelsbilanz für Juli wieder einmal eine für Deutschland günstige war, zeigen auch die Berichte des Güterverkehrs im Juli, daß in diesem Monat viel mehr Wagen beladen wurden als im Juni. Auch die Zahl der Konkursanmeldungen habe abgenommen.

Ein wunder Punkt im Wirtschaftsleben sei noch immer die Schwierigkeit der Krediterlangung, obwohl sich auch in dieser Beziehung die Verhältnisse im Vergleiche mit den ersten sechs Monaten dieses Jahres bedeutend gebessert haben. Infolge der Kreditknappheit liefern jetzt unabhängige Grubenbesitzer Kohle zu billigeren als den vom Syndikat festgesetzten Preisen, um einen raschen Umsatz zu ermöglichen.

Die Einlagen in den deutschen Sparkassen sind jetzt 15 Prozent höher als sie im Mai waren.

Die Interessenraten gehen allmählich zurück. In Berlin muß man jetzt auf langfristigen Kredit 16.9 Prozent jährlich Zinsen bezahlen und in Hamburg 19.5 Prozent. Die Interessenraten für Sichtwechsel betragen in Berlin 16.2 Prozent und in Hamburg 12 Prozent. Ausländische Darlehensgeber berechnen deutschen Industriellen Zinsen von 13 bis 15% jährlich.

Nach dem amtlichen Bericht läßt die Arbeitslosigkeit seit 1. September etwas nach. Dies bezieht sich aber hauptsächlich auf das besetzte Gebiet, wo jetzt viele Gruben und Fabriken nach monatelangem teilweisen oder gänzlichen Stillstand wieder voll im Betrieb sind.

Im unbesetzten Deutschland nahm die Zahl der Arbeitslosen im August zu. Die Arbeitsvermittlungsstellen geben die Zahl der Arbeitslosen Mitte August mit 637,000 Männern und 144,000 Frauen an.

Ein großer wirtschaftlicher Uebelstand ist das Mißverhältnis zwischen den Löhnen und den Lebensmittelpreisen. Letztere gehen langsam aber stetig in die Höhe. Verantwortlich hierfür sind einerseits die dürftige Ernte und die geplanten neuen Schutzzölle für landwirtschaftliche Produkte, andererseits das Anpassen an die Getreide- und Lebensmittelpreise am Weltmarkt.

Die Regierungseinnahmen für den Monat August sind mit 509,000,000 Goldmark und die Ausgaben mit 489,400,000 Goldmark angeführt. Seit dem Beginn des Rechnungsjahres am 1. April d. J. hat die Regierung 2,807,000,000 Goldmark eingenommen und 2,740,600,000 Goldmark ausgegeben.

Die Ausgaben der Regierung für Rechnung der Reparation vom 1. April bis 31. August d. J. betrugen 103,400,000 Goldmark.

In dem Bericht des Handelsattaches wird die vermutliche Getreideernte für Preußen mit 6,100,000 Metertonnen — 6,725,000 kurze Tonnen angegeben gegen 7,300,000 Metertonnen — 8,406,870 kurze Tonnen im Vorjahr. Die nasse Periode hat dem Schnitt sehr geschadet. Ende August stieg der Roggenpreis von 150 auf 190 Mark die Metertonne und auch die Preise der anderen Getreidearten gingen in die Höhe.

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Leningrad von großer Seuche bedroht

Leningrad, 29. Sept. — In der vom Sturm heimgesuchten Stadt ist der Typhus ausgebrochen, wodurch die Schrecken der Flut erhöht werden. Täglich kommen etwa hundert Erkrankungen vor. Aerzte und Pflegerinnen sind überlastet. Eine der unheimlichsten Folgen der Flut war der Schaden auf den Friedhöfen. Neugeschaufelte Gräber wurden von den Wassermassen weggeschwemmt, die Leichen trieben in den Straßen. Die Gefahr einer Seuche ist überaus groß. Von den 103 Staatsfabriken nahmen 74 den Betrieb wieder auf. Den schwersten Verlust unter allen Instituten erlitten die Museen in der Stadt. Ein großer Teil der unersetzlichen Sammlung von Gemälden und Altertümern des Museums von Alexander dem Dritten ist zerstört. 250 Kisten mit Kunstschätzen wurden aus dem Wasser gezogen. In der berühmten Akademie der Wissenschaften, im Zoologischen und Ethnographischen Museum entstand großer Schaden. In der Umgebung wurde die Vorstadt Peterhof am schwersten betroffen.

Ausweisungsbefehle im besetzten Gebiete aufgehoben

Koblenz, 29. Sept. — Die Rheinland-Kommission hat 362 Ausweisungsbefehle gegen Deutsche im besetzten Gebiet aufgehoben. Von 31,475 Ausweisungs-Befehlen, die während der Besetzungsfrist ausgestellt wurden, befinden sich heute nur noch 74 in Kraft. In vielen Fällen konnten die Ausgewiesenen in Deutschland nicht mehr erreicht werden, da sie ins Ausland gegangen sind, zum Teil nach den Ver. Staaten, zum Teil nach Canada, aber zum größten Teil nach Brasilien, wo sich eine Kolonie ausgewiesener deutscher Reichsangehöriger gebildet hat.

Französische Zurückweisung eines deutschen Protests

Paris, 29. Sept. — Die französische Antwort auf den Protest des deutschen Geschäftsträgers gegen Auferlegung eines Einfuhrzolls von 26 Prozent auf alle Waren aus Deutschland wurde im auswärtigen Amte mündlich gegeben. Sie sagt, daß diese Art der Eintreibung von Entschädigungen durchaus rechtmäßig sei und im Einklang mit Präzedenzfällen. Großbritannien habe einen ähnlichen Wiedererlangungszoll auferlegt, ohne einen Protest hervorzurufen. Nach Ansicht amtlicher Kreise wird Premier Herriot keine weitere Erwiderung geben, es sei denn, daß Berlin seinen Protest wiederholt oder wenn Owen Young, der zeitweilige Generalagent für Entschädigungszahlungen, die Angelegenheit aufnimmt.

Letzte Nachrichten

Premier King nach dem Westen abgereist.

Ottawa, 30. Sept. — Gestern abend ist der canadische Premier Rt. Hon. Mackenzie King nach dem Westen abgereist.

Ottawa, 30. Sept. — Wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Houston, Texas, hat das canadische Landwirtschaftsministerium die Einfuhr von Vieh, Geflügel, Tierprodukten, Düngemitteln und Futter aus Texas und anderen südlichen und mittelwestlichen Staaten der Union verboten.

Genf, 30. Sept. — Wegen der Schiedsgerichtsfrage ist im Völkerbund eine ernste Krisis entstanden. Japan hat nämlich das Einwanderungsproblem angeschnitten, wodurch Australien und Neuseeland in Erregung versetzt wurden. Man versucht nun, die Zwistigkeiten in einem eigenen Komitee beizulegen.

Bukarest, 30. Sept. — In Bessarabien ist eine von Sowjet-Moskau unterstützte Bewegung im Gange, mit Gewalt eine unabhängige „Moldau-Republik" zu gründen. Waffen- und Munitionsvorräte sind entdeckt worden. Die deutschen Kolonisten in Bessarabien unterstützten die rumänischen Truppen beim Vertreiben der kommunistischen Hetzer.

Jeder Tag bringt dem „Courier" neue Abonnenten

Die Leserzahl unseres Blattes wächst von Tag zu Tag. Immer neue Freunde finden sich zu den Tausenden von alten treuen Abonnenten, die ihren „Courier" so liebgewonnen haben und ihn nicht mehr entbehren können. Das ist gewiß der beste Beweis für die Güte und Vortrefflichkeit unseres Blattes. Das sagt uns, daß wir auf dem rechten Wege sind. Die Zufriedenheit unserer Leser bürgt uns dafür. Doch wir wollen deswegen „nicht auf den Lorbeeren ausruhen". Wir sind im Gegenteil bestrebt, unsere Zeitung noch weiter auszubauen und immer besser zu gestalten. Dazu ist aber auch die kräftige finanzielle Unterstützung durch unsere deutschcanadischen Freunde nötig.

Jeder Abonnent muß es als seine Pflicht und Ehrensache betrachten, seine Courierschulden möglichst bald zu bezahlen.

Jeder Courierleser sollte wenigstens einen neuen Leser gewinnen, indem er unsere Zeitung seinen Nachbarn und Bekannten als bestes Organ der Deutschcanadier empfiehlt.

Vor allem möge man auch an die Einwanderer herantreten, die im Laufe des Jahres nach Canada gekommen sind. Sie sollten ebenfalls der großen Couriergemeinde beitreten.

Wer den „Courier" nicht sofort auf ein ganzes Jahr ($2.50) bestellen will, möge es wenigstens mit einem Probeabonnement von einem halben Jahr ($1.25) versuchen. Wir sind überzeugt, daß alle diese Probeabonnenten dauernde Bezieher unseres Blattes werden.

Wer seine eigenen Courierschulden bezahlt hat und uns einen neuen Abonnenten für ein ganzes Jahr einschickt, kann von den $2.50 des neuen Abonnenten 50 Cents für sich als Belohnung behalten oder ein Unterhaltungsbuch als Prämie beanspruchen.